

Antrag: Wir haben Platz - Bekenntnis zum Sicheren Hafen bekräftigen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stellen wir folgenden Antrag, sowie den Antrag auf Sofortentscheid, zur nächsten Stadtratssitzung am 24. September 2020:

Die Stadt Würzburg bekräftigt ihr Bekenntnis zum Sicheren Hafen und ihre Bereitschaft, zusätzlich Menschen aus den griechischen Geflüchtetenlagern oder aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Gleichzeitig wird sich die Stadt Würzburg, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Christian Schuchardt, gegenüber dem Bundesinnenminister Horst Seehofer dafür einsetzen, dass dieser eine zügige Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland ermöglicht.

Begründung:

An den europäischen Außengrenzen findet vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine humanitäre Katastrophe statt. Bereits vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie war die Situation in Lagern wie Moria unzumutbar. Mit den ersten Corona-Infektionen, sowie dem Brand am 8. September 2020 hat sich die Lage weiter verschärft. Die Stadt Würzburg hat sich bereits im Juli 2019 zum „Sicheren Hafen“ erklärt und ihre Bereitschaft signalisiert, zusätzliche Geflüchtete aufzunehmen. Seitdem ist jedoch nichts passiert, nicht zuletzt aufgrund der Blockadehaltung des Bundesinnenministers. Damit die Selbsterklärung zum sicheren Hafen auch tatsächliche Konsequenzen mit sich ziehen kann und um weiterhin ihre Solidarität mit geflüchteten Menschen zu zeigen, bekräftigt die Stadt Würzburg gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen ihr Bekenntnis zum Sicheren Hafen. Bundesweit haben sich zahlreiche Kommunen und Länder bereiterklärt, weitere Menschen aufzunehmen. Um diesen Willen zu verdeutlichen und den Druck auf das Innenministerium zu erhöhen, soll ein offener Brief des Oberbürgermeisters im Namen der Stadt die Aufnahmebereitschaft Würzburgs Nachdruck verleihen.

Die Dringlichkeit des vorliegenden Antrags ergibt sich aus den aktuellen Entwicklungen im Lager Moria. In der Nacht auf den 9. September 2020 brachen dort mehrere Feuer aus. Seither sind mehr als 12.000 Menschen obdachlos. Auf diese furchtbaren Ereignisse zu reagieren, kann nicht aufgeschoben werden. Als Europastadt, die sich schon 2015 tatkräftig für die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen eingesetzt hat, sollte es unsere Pflicht sein, gerade auf solche Katastrophen zeitnah zu reagieren und unsere Solidarität auszudrücken.

Mit freundlichen Grüßen

Konstantin Mack
Stv. Fraktionsvorsitzender
Bündnis 90 / Die Grünen

Magdalena Laier
Stadträtin
Bündnis 90 / Die Grünen